

sind. Seither war es nur möglich durch Aufnahme von Kreidten im Ausland. Aber auch diese waren nur unter großen Schwierigkeiten und unter den schweren Bedingungen möglich. Die Werke selbst haben Raubbank getrieben, und könnten auch die notwendigsten Ergänzungen nicht mehr anstreben. Die Industrie erklärt daher der Reichsregierung, daß sie sie eine Verlängerung der Miltumverträge ausgeschlossen sei.

In den letzten Tagen trat eine entscheidende Aenderung der Situation ein, und zwar darin, daß die Reparationskommission ihrerseits die Autokästen der Sachverständigen annahm. Nach diesen Entschlüssen soll die Finanzierung der Sozialleistungen zunächst durch eine internationale Anleihe herbeigeführt werden. Die Industrie des befreiten Gebietes sah in diesem Vorschlag der Sachverständigen infolge der entscheidenden Aenderung, als nunmehr eine unmittelbare Verlängerung der Miltumverträge, wie sie von Frankreich gefordert wird, nicht mehr in Betracht kommt, sondern, daß sie von Ihnen selbst als unmöglich bezeichneten Leistungen mit dem Augenblick aufhören, wo das Sachverständigen-Autokasten angenommen war. Die Entwicklung der Lage zeigt sich auch darin, daß unter dem Gesichtspunkte einer bestreiten Verlängerung der Miltumverträge und unter der Erwartung der Annahme der Sachverständigen sich die zuerst nicht vorhandene Möglichkeit einer neuen Kredite ergab. Unter diesen Umständen glaubte die beteiligte Industrie die Verlängerung der Verträge um nicht Wochen einer neuen Stützung oder Bezahlungsmittel der Leihen durch die Franzosen vorzehren zu wollen, und schloß unter diesem Gesichtspunkt die Verlängerung ab.

## Schweres Eisenbahnunglück

Genf, 23. April. In der Nacht gegen 3 Uhr ereignete sich auf der Station Bellizone ein schwerer Zugunfall zwischen den beiden Gotthardischen Nachtschnellzügen. Die Zahl der Toten beträgt bis jetzt eins, die der Verletzten eins. Daraus sind sechs schwerverletzt. Das Unglück ist darauf zurückzuführen, daß der von Luven kommende Nachtschnellzug das geschlossene Einlaßsignal der Station überfuhr. Ein mit Gas beleuchteter Wagen geriet in Brand. Die Rettungsaktion ist im Gange.

Basel, 23. April. (Drohber.) Von den beiden Personenzügen, die beim Eisenbahnunglück in Bellizone verbrannten, ist der eine vom Mailand nach Deutschland durchgehender Zug. Er befand sich gleich hinter der Lokomotive. Durch den Zusammenstoß explodierten die Gasbehälter, wodurch die Wagen in Brand gerieten. Die Toten aus diesen Wagen sind teilweise so verhüllt, daß ihre Personalien noch nicht festgestellt werden können. Man vermutet, daß sich auch Deutsche darunter befinden.

### Der Oberbürgermeister von München ermordet

Paris, 23. April. Nach einer Havasmeldung aus Speyer wurde der auf dem Heimweg von dort nach München ermordete Oberbürgermeister von München, Dr. Helfreich, getötet.

## Ein neuer Münchener Prozeß

München, 23. April. (Drohbericht.) Vor dem Volksgericht München begann heute vormittag der Prozeß gegen 40 ehemalige Angehörige des Stoßtrupps Hitler der nationalsozialistischen Arbeiterpartei wegen Verbrennen der Wehrmacht am Hochverrat, begangen durch Beteiligung am Hitlerputz am 8. und 9. November. Den Angeklagten, deren Führer der zur Zeit flüchtige Zigarettenhändler Berthold ist, wird zur Last gelegt, daß sie am 9. November den Bürgerbräu-Palast und alle Ein- und Ausgänge besetzt hatten und daß sie mit Hitler in dem Bürgerbräu-Palast eingedrungen seien. Ein Teil der Angeklagten hat sich auf Befehl des städtischen Hauptmanns Höhning an den Verhören in der Münchener Post beteiligt, wobei auch einige Kosten mit mehreren Millionen Mark ihres Inhaltes bereit und vier Schreibmaschinen, zwei Verstärkungsmaßnahmen, einige Gummiringe für Kraftwagen und eine große Menge Schreibpapier entwendet wurden. Ein Teil der Angeklagten hat eine Durchsuchung in der Wohnung des sozialistischen Abgeordneten Auerzogenommen, der persönlich nicht anwesend war, denn Schreibergraben festgenommen und einige Schrifträder und zwei Revolver entwendet. Außerdem haben sich die Angeklagten an dem Demonstrationstag des 9. November durch die Stadt beteiligt und dabei eine Abteilung der Bundespolizei an der Ludwigsbrücke entworfene.

Von den Angeklagten sind in der heutigen Verhandlung 35 persönlich erschienen, einer ist nach Amerika ausgewandert, die übrigen sind flüchtig. Ein Angeklagter steht auch wegen des Verbrechens schweren Diebstahls vor Gericht. Nach Eintritt in die Verhandlung wird zunächst ein Antrag auf Auflösung der Hauptverhandlung abgelehnt.

Der Staatsanwalt stellt hieraus für die zwei Anklagepunkte Antrag auf Auflösung der Hauptverhandlung wegen Gefährdung der Staatsicherheit, dem sich die Verteidigung anschloß. Die Hauptverhandlung wurde hieraus für die Dauer der Vormittagszeit abgeschlossen.

### Ein Buch über den Hitlerprozeß

Berlin, 24. April. Der General Ludendorff wird in Gemeinschaft mit seinem Verteidiger im Hitler-Prozeß, Rechtsanwalt Lüttje-Brunn, ein Buch über den Hitler-Prozeß herausgeben, welches Hitlers Fähigkeit als Staatsmann erweisen soll. Bei dem Beweis staatsmännischer Begabung, den Herr Ludendorff im Hitler-Prozeß geleistet hat, braucht man auf dieses Buch nicht übermäßig gespannt zu sein.

### Ein bishöfliches Mahnwort

Berlin, 24. April. Ein bishöfliches Mahnwort hat der Kardinal Bertram-Breslau an die katholischen Christen in entschuldigender Stunde vor den Wahlen zum Reichstag gerichtet. Der Kardinal appelliert an die katholischen Wähler, daß sie nie vergessen sollen, den Schutz der christlichen Religion und der katholischen Religion und der katholischen Kirche, den Schutz der katholischen Schulen, den Schutz der Heiligkeit von Ehe und Familien und die Achtung vor Autorität und öffentlicher Ordnung sowie Gerechtigkeit und Liebe im wirtschaftlichen Leben zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

### Die neue dänische Regierung

Kopenhagen, 22. April. Die Ministerliste des neuen Ministeriums Stauning, die der König heute unterzeichneten wird, lautet wie folgt: Stauning: Premier und Handelsminister, Graf Wolke: Minister des Innern, Redakteur Vorberg: Sozialminister, Staatsrevisor Rasmussen: Kriegsminister, Oberkontrollleur J. F. Scott: Eisenbahnaminister, Redakteur Haug: Minister des Innern, Holsteiner Bording: Landwirtschaftsminister, Rektor Bramsnes: Finanzminister, Rechtsanwalt Steincke: Justizminister, Professor Bang: Kultusminister, und Pastor Dahl: Kirchenminister.

### Deutsch-österreichisches Nebeneinkommen in der Erwerbslosenfrage

Berlin, 23. April. Die österreichische Regierung hat mit der Regierung des Deutschen Reiches ein Regierungseinkommen über die Arbeitslosenfürsorge getroffen. Danach haben sowohl die in Deutschland lebenden erwerbslosen Österreicher als auch die in Österreich lebenden erwerbslosen Reichsbürgern, falls die in Betracht kommenden gesetzlichen Bestimmungen erfüllt sind, den gesetzlichen Anspruch auf die staatliche Arbeitslosenunterstützung. Die einzelnen Bestimmungen sind bei den gegenseitigen Vertretungsbehörden zu ersehen. Das Abkommen ist am 8. März 1924 in Kraft getreten.

## Der 4. Mai als Schicksalstag

Ein neuer Appell des Kanzlers — Niemals wird deutsches Gebiet preisgegeben

### Die unchristliche Weltpolitik

Siegmaringen, 23. April. Reichskanzler Dr. Marx, der die Osterfeiertage im Kreise seiner Familie in Siegmaringen verbracht, hielt nachmittags in einer Versammlung der hohenlohischen Zentrumsparade eine Rede, in der er den 4. Mai als den Schicksalstag des deutschen Volkes bezeichnete. Noch wie vor sieben Jahren auf den alten Grundjahren unserer Partei, die in der Worte gekleidet sind, für Wahrheit, Freiheit und Recht. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß das Christentum die innere und äußere Politik beherrschen muß. Mit dem Gebote des Christentums ist es nicht zu vereinbaren, wenn Frankreich den Kriegswirtschaftlich fortzuführen versucht, und widerrechtlich das Rechtsgebiet besetzt hält. Wenn wir heute in den Völkerbund noch nicht eingetreten sind, so hat dies keine Ursache darin, daß mit den an unsre Partei geknüpften Bedingungen nicht einverstanden sein können. Man verlangt von uns von neuem die Anerkennung des Vertrages von Versailles und Anerkennung der heutigen Staatsgrenzen. Niemals können wir zugeben, daß deutsches Gebiet in Schlesien und im Saarland dauernd vom Mutterland getrennt wird. Niemals können wir dulden, daß der polnische Korridor deutsches Land vom Mutterland abteilt.

In längeren Ausführungen wandte sich der Kanzler in neun politischen Themen zu und erklärte, daß er die Deutschvölkischen aus voller Überzeugung bekämpft. Bei der Versprechung von Währungsstagnen führte der Kanzler aus, daß unsere Währung eine nochmalige Inflation nicht auszuhalten vermöge. Darum müssen die schweren Eingriffe auch bei der Landwirtschaft und die Eingriffe in die Substanzen der Wirtschaft noch für einige Zeit getragen werden.

Mit dem Appell an das Bewußtsein der deutschen Volksmeinung und an die Wähler, am 4. Mai ihre Pflicht zu erfüllen, schloß der Reichskanzler seine Ansprüche.

### 23. Reichswahlvorschläge

Berlin, 22. April. Der Reichswahlausschuß hat in seiner gestrigen Sitzung 23 Reichswahlvorschläge zugelassen, nämlich von folgenden Wahlgruppen: Vereinigte Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Deutsche Zentrumspartei, Deutschnationale Volkspartei, Deutschnationaldemokratische Partei, Banische Volkspartei, Kommunistische Partei Deutschlands (unter der Bezeichnung Liste der Kommunisten), Bagrischer Bauernbund, Deutschvölkische Freiheitspartei und nationalsozialistische Arbeiterpartei (unter der Bezeichnung: Vereinigte Liste der Deutschvölkischen Freiheitspartei und der nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter), Deutschhannoversche Partei, Unabhängige sozialdemokratische Partei und der Deutschen Christlich-sozialen Volksgemeinschaft, Deutsche Arbeitnehmerpartei, Deutschnationale Partei, Freiwirtschaftsbund ff. (frei Land, frei Währung, Freiheit, Häfen, Bund, Nationalliberale Vereinigung (unter der Bezeichnung: Handliste), Mieterschutz und Bodenrecht (unter der Bezeichnung: Partei der Mieter), Nationale Freiheitspartei, Nationale Min-

### Kurze Nachrichten

#### Zusammentreffen des Reichsverbandes der Deutschen Industrie

Berlin, 23. April. Der Reichsverband der Deutschen Industrie tritt morgen zu einer Besprechung der Sachverständigen-Vorschläge in Berlin zusammen.

Eine Ehrengabe Sven Hedins. Der berühmte schwedische Forscher Sven Hedin ist zum Präsidenten der schwedischen Akademie der Wissenschaften ernannt worden.

Cleonore Duze r. In Newark ist die bekannte italienische Sängerin Cleonore Duze gestorben. Ihre Leiche wird von Pittsburg über Newark nach Italien gebracht werden, wo ihr ein nationales Begegnungsdatum bereitet werden wird.

Flagline Genf-Büro-München. Gestern ist die Flagline Genf-Büro-München wieder eröffnet worden.

Die erste Amerikafahrt des Dampfers Columbus. Der Dampfer Columbus des Norddeutschen Lloyd, gegenwärtig das größte Schiff der deutschen Handelsflotte, ist gestern nachmittag zu seiner ersten Ausreise nach Nework in See gegangen. Das Schiff wird auf seiner Fahrt Southampton anlaufen.

Der deutsche Gesandte in Mexiko gestorben. Der deutsche Gesandte in Mexiko, Graf von Montgelas, der Anfang des Jahres schwere Krankheit von dort in Berlin eintrat, ist am 22. April in einem Sanatorium in Schleiden gestorben.

Vertagung des Harden-Prozesses. Die Verhandlungen pesen den Oberleutnant a. D. Ankermann wegen Mordversuchs auf Maximilian Harden, die am Montag, den 28. April stattfinden sollte, ist auf unbestimmt Zeit verschoben worden, weil Harden sich zu einer Kur in Holland aufhält und diese nicht unterbrochen kann.

Ratifizierung des deutsch-türkischen Vertrages. Die Nationalversammlung in Ankara ratifizierte einstimmig den deutsch-türkischen Vertrag.

### Entscheidungen der Gemeindekammer

Dresden, 23. April. Um 16. d. M. hielt die Gemeindekammer ihre zweite Sitzung ab und sorgte dabei in einer Reihe von Einzelfällen Entscheidungen, die von grundärmer Bedeutung sind:

Nach dem schon früher eingenommenen Standpunkt wurde in drei Fällen Ausnahmewillkür befürwortet, die es zwei benachbarten kleinen Gemeinden ermöglicht, einen gemeinsamen Bürgermeister zu haben. Eine allgemeine Ermauerung, wonach die Kreis-Amtsbeamtenhaft für den Kreis-Zivilgerichtshof vorzugsweise gegen ein Ortsgericht Einspruch erheben kann, wurde als mit den gesetzlichen Bestimmungen vereinbar erklärt. Es wurde festgestellt, daß eine Gemeinde, die die Ausnahmewillkürungen für die Gemeindevertreter ordnungsgemäß regelt, die Höhe der Entschädigung eines einfachen Gemeindebediensteten vorbehalten kann. Für den Ertrag von Erwerbsbeihilfe, den Gemeindevertreter erledigen, empfiehlt die Gemeindekammer dem Ministerium, mit Beschränkung allgemeine Anordnungen zu erlassen. Ortsgerichtliche Bestimmungen, die über die allgemeinen Anordnungen hinausgehen, werden unzulässig sein. Die Gemeindekammer entschied, daß „gemeinnützige Ausfälle“ auch solche sind, die nur aus Gemeindeverordnungen und Verordnungen des Gemeinderates ohne Hinzuziehung sonstiger Gemeindebürgern oder Sachverständiger gebildet werden. Sie erkannte ferner darin, daß eine ortsgerichtliche Bestimmung, nach der den Vorwurf in gemischten Ausfällen der Bürgermeister über ein seitiges Gemeindebeamtenmitglied zu führen habe, ohne Ausnahmewillkür ausfällig sei. Ferner wurde festgestellt, daß ortsgerichtlich für den Bürgermeister oder ein sonstiges berufsmäßiges Gemeindebeamtenmitglied eine gewisse Vorbildung allgemein ohne Ausnahmewillkür verlangt werden könne. Der Antrag einer Stadt von ungefähr 10.000 Einwohnern mit ländlichem Stadtbau, die die Entschließung über die Geschäftsführung und Stellvertretung innerhalb des Stadtrats dem Stadtrat übertragen wollte, wurde nicht genehmigt. Eine erzägerichtliche Bestimmung, nach der sämtliche Gemeindebeamte nach Ablauf von 10 Jahren unentlohnbar werden sollten, wurde für

derenheit Deutschlands, Republikanische Partei Deutschlands, Sozialistischer Bund. Nicht zugelassen wurden, weil die Voraussetzungen nicht erfüllt waren, die Reichswahlvorschläge folgender Wahlgruppen: Partei-Wirtschaftsgruppe, Bayerischer Mittelstandsbund, Freier Wirtschaftsbund ff. in der aus Neukuppel verspätet eingetroffenen Fassung: Deutscher Staatsbürgerbund.

### Sachsen auf der Reichswahlliste der Zentrumsparthei

Dresden, 23. April. Wie wir an zuständiger Stelle erfahren, hat der Reichswahlvorschlag der Deutschen Zentrumsparthei in einer Versammlung der hohenlohischen Zentrumsparade eine Rede, in der er den 4. Mai als den Schicksalstag des deutschen Volkes bezeichnete. Noch wie vor sieben Jahren auf den alten Grundjahren unserer Partei, die in der Worte gekleidet sind, für Wahrheit, Freiheit und Recht. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß das Christentum die innere und äußere Politik beherrschen muß. Mit dem Gebote des Christentums ist es nicht zu vereinbaren, wenn Frankreich den Kriegswirtschaftlich fortzuführen versucht, und widerrechtlich das Rechtsgebiet besetzt hält. Wenn wir heute in den Völkerbund noch nicht eingetreten sind, so hat dies keine Ursache darin, daß mit unsre Partei geknüpften Bedingungen nicht einverstanden sein können. Man verlangt von uns von neuem die Anerkennung des Vertrages von Versailles und Anerkennung der heutigen Staatsgrenzen. Niemals können wir zugeben, daß deutsches Gebiet in Schlesien und im Saarland dauernd vom Mutterland getrennt wird. Niemals können wir dulden, daß der polnische Korridor deutsches Land vom Mutterland abteilt.

Unter den sächsischen Zentrumsfreunden wird diese Nachricht mit um so größerer Begeisterung aufgenommen werden, als bislang keine Aussicht auf eine Kandidatur eines sächsischen Zentrumsmannes aus der Reichsliste bestand. Noch erfreulicher aber wird die Tatsache, wenn man erfährt, daß diese Kandidatur an 14. Stelle der Reichsliste keineswegs als völlig ausichtslos anzusehen ist. Es ist nämlich anzunehmen, daß ein Teil der vorangestellten Kandidaten der Reichsliste, die auch in einzelnen Wahlkreisen kandidieren, schon von diesen gewählt werden, sobald man eventuell damit rechnen kann, daß unsre Zentrumsleute in absehbarer Zeit der erste Vertreter im Reichstag wird. Diese Aussicht wird sicherlich dem ganzen Lande ein neuer Ansporn sein, alle Kräfte in den Dienst unserer Zentrumsliste zu stellen und in dem heiligen Eifer nie zu erlahmen. Wir kämpfen zwar nicht um persönliche Interessen, sondern um eine große und heilige Sache, aber sichtbare Erfolge schaffen neuen Mut. Und ein Erfolg ist bereits die Aufnahme eines Zentrumsvertreters des Freistaates Sachsen auf die Reichsliste der Deutschen Zentrumsparthei.

Es traut immer, von interessierter Seite gesucht, die Meinung auf, als ob Zentrumsstimmen verloren gehen könnten. Lasse sich niemand irre machen. Es kann nicht eine Zentrumsstimme verloren gehen. Selbst in den Wahlkreisen, die aus eigener Kraft keine 60.000 Stimmen ausmachen, die zur Wahl eines Abgeordneten erforderlich sind, werden die Stimmen restlos, ebenso wie die Reichstagsstimmen sämlicher Wahlkreise, dem Reichswahlvorschlag zugesetzt. Auf den Reichswahlvorschlag können dann soviel Mandate entfallen, als die Partei in den einzelnen Wahlkreisen durchgesetzt hat. Verloren gehen also nur die Stimmen jener neuen Zwischenparteien, die in keinem Wahlkreise die erforderlichen 60.000 Stimmen aufzubringen vermögen. Diejenigen Zwischenparteien darf kein verantwortungsbewußter Staatsbürger seine Stimme geben. Es geht aber keine Stimme der Zentrumsparthei verloren. Wer Zentrum wählt, entscheidet sich für das Wohl des Reiches und des deutschen Volkes. Wir folgen der Zusage der Deutschen Zentrumsparthei!

höhere Beamte als mit den Gesetzesbestimmungen unvereinbar nicht befürwortet; hinlänglich der übrigen Beamten wurde festgestellt, daß es bei einer Verkürzung der gesetzlichen Höchstfrist für die Kündigung von 25 Jahren auf 10 Jahre einer Ausnahmewillkür nicht bedarfte. Die im allzeitigen Einverständnis gewünschte Wiedererrichtung der Gemeinde Niedermürzich wurde befürwortet. Das wider den Willen der Stadt Niederaufragte Wiedererrichtung der bis 1923 selbständigen Gemeinde Großau wurde nicht befürwortet. Wegen der von der Gemeinde Großau begehrten Wiedererrichtung wurde die Entstehung ausgesetzt, da ein nachhaltiges Gehör der Gemeindebürgen von Oberwohlzgang zweifelhaft erscheint. Am früheren wurden noch einige Sachen von weniger grundsätzlicher Bedeutung erlebt.

### Berliner Devisenkurse vom 23. April (amtlich)

mitgeteilt von der Commerz- und Privatbank, A.G., Dresden. Der Kursenfolgen erfolgen vom 4. März ab die 100 Kurseiten der ausländischen Währungen, ausgenommen England und Amerika, die mit 1.000 Mark beginnend, 1.000 Mark notiert werden, sowie Österreich und Ungarn mit 100.000 Sch. und Polen mit 10 Millionen. Kursenrunden in Billionen — Markmarkt.

Zeitungsliste nach Richtung auf	%	23. 4.	22. 4.				
		Geld	Zeit		%	Geld	Zeit
Amsterdam . . . . .	1	166.61	167.99	1	165.61	167.39	
Berlitz . . . . .	24.34	24.45	23.24	23.36			
Brüssel . . . . .	58.45	58.75	58.25	58.65			
Edinburgh . . . . .	70.32	70.58	70.22	70.58			
Genf . . . . .	110.22	110.78	110.52	110.60			